

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2,80 M., bei Zustellung unter Postband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachschub der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen. Redaktionen: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2805 und 2806.

Inserate kosten die schlagzeilige, Tageszeile oder deren Raum 20 Pf., kleine Anzeigen das festgedruckte Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf., Lesungsverzeichnis 10 Pf., bei Familien- und Vereinstätigkeiten 1/2 des Preises fest. Insetts für den darauffolgenden Tag müssen spätestens die 5 Uhr nachmittags bei der Expedition mitgebracht sein. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19, Fernsprecher: Amt Norden 2765.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Internationale der Lat.

Eine internationale Aktion.

Bern, 3. April.

Wie „Secolo“ aus Rom berichtet, wurde in der letzten Sitzung der sozialistischen Kammergruppe von Vertretern der Parteileitung beschlossen, eine Zusammenkunft von italienischen, französischen und englischen sozialistischen Delegierten und Vertretern der Arbeiterparteien dieser drei Länder einzuberufen und gemeinsame Schritte zum Widerstand gegen eine militärische Expedition nach Ungarn und Rußland einzuleiten. Ferner wurde beschlossen, in Italien Opposition gegen die beabsichtigte militärische Expedition zu machen.

Bernurteilung des Freispruchs des Mörders Jaurès.

Genf, 4. April.

Der Delegiertentag der sozialistischen Parteien von Paris und Umgebung hat eine Tagesordnung angenommen, worin die Freisprechung des Mörders des Abgeordneten Jaurès als einen Ausdruck des Hasses und der Furcht der bürgerlichen Klasse gegen das Proletariat gekennzeichnet wird, in dem die sozialistische Partei nur eine Herausforderung erkliden kann.

Durchbruch der Vernunft.

Sieg Wilsons auf der Pariser Konferenz. — Verhandlungen mit Rußland und Ungarn.

Rotterdam, 3. April.

Die „Westminster Gazette“ von gestern stellt mit Bezugnahme auf die gemächliche Stimmung auf der Konferenz die Oberhand gewinnt.

Wie dem „G. L.“ gemeldet wird, hat der Vizepräsident in den letzten Tagen eingehend mit der Frage des Bolschewismus befaßt und dabei zu entscheidenden Entschlüssen gelangt. Der von Clemensau und Marshall hoch eingeschätzte Antrag auf Herstellung einer militärischen Front gegen Rußland und Ungarn wurde endgültig fallen gelassen. Wahrscheinlich für diesen Beschluß war in erster Linie Lenins Versprechen, die Feindseligkeiten sofort einzustellen und auf die bolschewistische Propaganda im Ausland zu verzichten, falls die alliierten Truppen aus Rußland zurückgezogen werden. Im Gegensatz hier zu, die vom Obersten der übermittelte Erklärung Vela Russ, daß Ungarn bereit sei, den Waffenstillstand vom November anzuerkennen. Der Vizepräsident will die Truppen allerdings nicht sofort abzurufen, hat aber beschlossen, die Sendungen von Munition und Kriegsmaterial für die in Rußland stehenden Truppen einzustellen. Lloyd George und Wilson haben bei Bekämpfung des französischen Vorschlags einer verstärkten militärischen Intervention herab, daß dieser neue Feldzug in Rußland nach Auslage ihrer militärischen Vertreter mindestens ein Jahr dauern würde. Sie erklärten weiter, die Tatsache, daß zwei französische Regimenter in Oberitalien gemustert hätten, bewiese klar die Kriegsmüdigkeit der alliierten Truppen.

Genf hat die Anerkennung der bolschewistischen Regierung nicht verlangt. Der Vizepräsident hat nun beschlossen, die Regierungen in Budapest und Moskau ohne formale Anerkennung de facto bestehend zu betrachten und mit ihnen in Verhandlungen einzutreten. General Smuts wurde beauftragt, als Vizepräsident der alliierten Mächte nicht nur nach Budapest, sondern auch nach Moskau zu reisen, um mit den dortigen Regierungen Verhandlungen zu nehmen. Der amerikanische Lebensmittellieferant für Europa, Hoover, schlägt vor, die Versorgung Rußlands in der gleichen Weise zu regeln, wie seinerzeit die Versorgung des besetzten Belgien. Er denkt an die Bildung eines Unterstützungscommittees unter Leitung eines neutralen Staates, zum Beispiel Dänemarks. Das Komitee würde die Einfuhr und Verteilung von Lebensmitteln und Rohstoffen für Rußland übernehmen.

In Ergänzung hierzu ist die Mitteilung des Pariser Korrespondenten der „Times“ von Interesse, es sei jetzt allgemein bekannt, daß man nahe daran gewesen sei, mit der Regierung Lenin-Trotski im Austausch für wirtschaftliche, kommerzielle und finanzielle Zugeständnisse ein Kompromißfrieden zu schließen. Nicht minder wichtig ist das Eingeständnis des Korrespondenten, daß die bringende Raubjagd von Finanzleuten

auf der Friedenskonferenz eine viel zu große Rolle spiele. Wie von dem Organ der Londoner City nicht anders zu erwarten ist, bedauert es die Angst Lord Georges vor dem selbständigen Eingreifen der englischen Arbeiterklasse in der Friedensfrage. — ein Beweis, daß die auf der Pariser Konferenz zutage tretende Mäßigung der immer stärker werdenden proletarischen Bewegung zugunsten ist.

Die deutschen Friedensuntersändler.

Ueber die Zusammensetzung der deutschen Friedensdelegation noch viele Worte zu verlieren, ist unnötig. Sie ist genügend dadurch charakterisiert, daß ein Hauptvertreter der Durchsetzbarkeit wie Dr. David ihr angehört. Bezeichnend ist aber auch, wie die Spezialkommissionen zusammengesetzt sind. Eine der wichtigsten ist die Finanzkommission. Für sie haben ziemlich ausschließlich Vertreter der Blutokratie, des Finanzkapitals, an. Kein einziger Sozialist, kein einziger Nationalökonom, der vielleicht mal etwas anderes als rein kapitalistische Gesichtspunkte hätte!

Wird es etwas lächerlicheres als diese „sozialistische“ Regierung, die mit allen wichtigen Funktionen nur die Klassenfeinde des Proletariats zu betrauen weiß?

Keine Sondervertretung Bayerns auf der Friedenskonferenz.

München, 3. April.

Entgegen einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ stellt die „Münchener Zeitung“ fest, daß Bayern bei der Reichsregierung nicht das Verlangen gestellt hat, bei der Friedenskonferenz mitvertreten zu sein. Es dürfte sich darum handeln, daß Bayern in den wirtschaftlichen Kommissionen angemessen vertreten sein soll.

Beiräte für die Strafanstalten!

Die entstellten Morde und Grausamkeiten in den Gefängnissen sind nunmehr amtlich bestätigt. Was aus der Untersuchung herauskommt, wissen wir schon. Die Gefangenen müssen also jetzt und künftig durch andere Maßnahmen vor der Bestialität der Soldateska geschützt werden.

Wir erinnern daran, daß der Unterstaatssekretär des Justizministeriums, Dr. Seinemann, am 22. Februar 1919 eine allgemeine Verfügung über die „Bildung örtlicher Beiräte bei den größeren Strafanstalten“ herausgegeben hat. Durch diese Verfügung ist bestimmt worden, daß

Bei den größeren Strafanstalten örtliche Beiräte zu bilden sind, die neben den staatlichen Verwaltungsorganen an der Überwachung des Strafvollzugs beteiligt sein sollen. Die Einrichtung kommt hauptsächlich für die selbständig verwalteten Justizhäuser und Gefängnisse, daneben aber auch für die größeren Gerichtsgefängnisse in Betracht, soweit sie nicht überwiegend zur Aufnahme von Untersuchungsgefangenen dienen. Die Beiräte sollen je nach der Größe und Bedeutung der Anstalt, aus 3-5, ausnahmsweise auch mehr Mitgliedern bestehen, um deren Wahl die kommunalen Selbstverwaltungsorgane ersucht werden. Die Beiräte sollen beauftragt sein, die Anstalten zu beaufsichtigen, von allen Einrichtungen der Anstalt Kenntnis zu nehmen und sich von der angemessenen Unterbringung, Beschäftigung und Beschäftigung sowie von der vorchristlichen Behandlung der Gefangenen überhaupt zu überzeugen. Sie dürfen zu diesem Zwecke die Strafanstalten in den Cellarräumen aufsuchen, mit ihnen sprechen und Einsicht in ihre Akten nehmen; auch sind sie berechtigt, alles was ihre Aufmerksamkeit erregt, insbesondere die ihnen auffallenden Mängel bei dem Strafvollzug, vorzulegen oder bei den Aufsichtsbehörden zur Sprache zu bringen. Die Bildung der Beiräte soll unmittelbar nach der bevorstehenden Umgestaltung der kommunalen Selbstverwaltungsorgane in Angriff genommen werden. In Stadtkreisen kommen für die Wahl der Mitglieder regelmäßig die örtlichen Gemeindevertretungen in Frage.

Wir reden diese wichtige Verfügung ausnahmsweise wieder, denn man kann mit einiger Sicherheit behaupten, daß sie in den weitaus meisten Orten durchgeführt worden ist. Nachdem nun die Kennwörter in den kommunalen Anstalten haben, fordern wir, daß die Beiräte bei den Strafanstalten sofort gebildet werden und zusammenzutreten haben.

Die Polen beschämen Herrn Haenisch.

Von Privatdozent Dr. Arthur Rosenfeld.

Wer wissen will, wie man mit dem kapitalistischen Betrieb in den Schulen auskommt, der gebe beileibe nicht zu den höheren staatlichen Lehranstalten der „Republik“ Preußen, sondern zunächst einmal zu den — Polen. In der „Allgemeinen deutschen Lehrerzeitung“ vom 20. März lesen wir: „Die Aufhebung der Vorschule für die höheren Lehranstalten der Stadt Posen ist auf Anordnung des obersten polnischen Volksrats am 19. 2. vom Provinzial-Schulkollegium verfügt worden.“

Die Reform wird in Polen ebenso einfach wie sachgemäß durchgeführt: Ostern 1919 geht die unterste Vorschulklasse, die 9., ein. Es können also keine neuen Kinder mehr in die Vorschule aufgenommen werden. In Ostern 1920 verabschiedet die 8. Klasse, und Ostern 1921 die letzte, die 7. Klasse. Damit ist dann die Vorschule in Polen abgetan. — Und wir in Preußen? „Die Preußen scheuen nicht so schnell“, ruft die erwähnte Lehrerzeitung mit Recht aus.

Es ist tief beschämend für jeden Freund der preussischen Volksbildung, daß in Polen erst der polnische Aufstand siegen mußte, ehe die Posener den häßlichen kapitalistischen Aufwind der Jugendberziehung, die Vorschule, los wurden. Auch in Preußen hatte ja nach der Revolution das Kultusministerium angeordnet, daß vom 1. April dieses Jahres ab keine Ausnahmen mehr in den Vorschulen stattfinden sollen. Aber solche Reformverlässe im Reich des Herrn Haenisch sind wie fränke Kinder, die nicht lange leben können. Erst steht so ein Erlass wunderschön auf dem Papier, aber bald stellen sich die berühmten Haenisch'schen Schwierigkeiten ein, und dann heißt es: Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo!

So ging es mit der Aufhebung der geistlichen Ortschul-aufsicht, mit den Neuerungen im Religionsunterricht, mit der Schulgemeinde, und auch mit der Vorschule. Kürzlich lief durch die Presse die halbamtliche Mitteilung, es habe sich herausgestellt, daß der Durchführung der Vorschulordnung mannigfache „Schwierigkeiten“, besonders finanzieller Art, im Wege ständen. Deshalb sei den staatlichen höheren Lehranstalten die Ausnahme neuer Vorschulen zunächst bis Ostern 1920 noch gestattet worden. Dafür steht es den Städten frei, in ihren Schulen die Vorschulen schon früher anzubeden.

Nun gibt es leider keine Reform, bei der Schnelligkeit und Vollständigkeit so vonnöten ist, wie gerade die Beseitigung der Vorschulen. Geht den Fall, es wären zu diesen Ostern sämtliche Vorschulen Preußens gefallen, und alle Kinder, ohne Rücksicht auf die Tiefe des Geldbeutels der Väter, wären auf dieselben Schulbänke gekommen. Dann wäre es möglich, noch 3 Töchter die Auslese der für die höhere Schule geeigneten Kinder aus der gesamten gleichmäßigen Schülermasse, ausschließlich nach ihrer Begabung, vorzunehmen. Wie die Dinge aber jetzt liegen, wird bestenfalls ein Teil der Vorschulen, in Gemeinden mit sozialistischer Stadtverordnetenmehrheit, eingehen. Dagegen in den anderen städtischen und vor allem in den staatlichen höheren Schulen existieren die Vorschulen zunächst weiter. In allen diesen Anstalten werden aber die Blöße der höheren Schulklassen naturgemäß in erster Linie für die ehemaligen Vorschüler, also für die Sprößlinge der Kriegsgewinnler usw., reserviert werden. Der unbegabte Schülerballast aus den bescheidenen Klassen wird also dem begabten Proletariatskind zunächst weiter den Aufstieg versperren.

Es ist aber eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Zukunft, die gebildeten Berufe mit den befähigten Abkömmlingen der armen Bevölkerung zu erfüllen. Und wie lange dauert es, bis wir dieses Ziel erreichen! Man bedenke, daß die K. V. G.-Schüler von diesen Ostern erst in 12 Jahren die Universität erreichen können. Es ist daher lächerlich, daß die „Schwierigkeiten“ des Herrn Haenisch den Anfang dieses Prozesses um ein volles Jahr hinauschieben; wenn nicht noch länger. Denn wer bürgt uns dafür, daß nicht bis Ostern 1920 wieder neue „Schwierigkeiten“ im Ministerium unter den Linden 4 aufstehen? Es ist behauptet worden (siehe die „Allgemeine deutsche

Reduzierung" vom 8. J., der Antrag das Preussische Militärbudget auf Kosten der Reichskassen an den Reichstag zu übermitteln sei aus finanziellen Rücksichten vom Finanzminister abgelehnt worden. Wenn das wahr ist: um so schlimmer, daß Herr Schenck nicht einmal soviel Mühe aufgebracht hat, um eine Reform von solcher kultureller Bedeutung gegen den Widerstand Herrn Schenck's durchzuführen. Also die paar Hunderttausend Mark waren nicht da, um die es sich bei dem Abbau der Kosten-Menge höchstens handeln kann! Warum schloß man nicht lieber z. B. den Reichsbanknoten ab? Da wären mit einem Schlag 1 200 000 M. jährlich zu haben, und der Küstler der künftigen Arbeiterländer ist doch mindestens für die deutsche Zukunft so wichtig, wie die jetzige Tätigkeit von Herr Oberl. Oder ist denn nicht irgendwas ein kleiner Beitrag an dem monatlichen Millionen-Gehalt der Preussischen Korps zu machen? Wie wäre es, Herr Moske? — Die deutschen Arbeiter werden es aber hoffentlich nicht hergeben, wie sich Schenck schreibend vor die Klaffen der Willkommens-linge stellt.

Ein Dichter in Ketten.

Der „Vormärz“ veröffentlicht einen von Paul Sch. Carl Brögger und Klaus Fiedler unterzeichneten Aufsatz, in dem es heißt:

Seit Monaten sitzt in Württemberg der bekannte sozialistische Arbeiterdichter Max Borchel im Kerker, angeblich wegen Beilegung an einem Kuffen. Der Max Borchel kennt und weiß, nach reiner Gerechtigkeit unheimlichste Menschen-Hebe diesen Mann auszuweisen, der empfindet es als lächerlich und peinlich, daß ein freier Volksheld nicht anders als Gefängnismauer für ihn übrig hat.

Es ist im Namen der deutschen Weisheitskultur gesprochen, wenn die unvergängliche Freilegung Max Borchels gefordert wird. Wie schon geschrieben soll, ist die Anklage wegen Kuffens bereits hinfällig geworden. Sollte er sonst noch etwas vor dem Strafgericht zu verantworten haben, so ist er der Mann, der gerade frei, und eine Untersuchungsfrist ist unbillig. Wir bitten alle, die sich unserer Wünsche anschließen, und ihre Zustimmung zu übermitteln.

Geht es im Namen der deutschen Weisheitskultur gesprochen, wenn die unvergängliche Freilegung Max Borchels gefordert wird. Wie schon geschrieben soll, ist die Anklage wegen Kuffens bereits hinfällig geworden. Sollte er sonst noch etwas vor dem Strafgericht zu verantworten haben, so ist er der Mann, der gerade frei, und eine Untersuchungsfrist ist unbillig. Wir bitten alle, die sich unserer Wünsche anschließen, und ihre Zustimmung zu übermitteln.

Max Borchel ist gewiß der letzte, der eine Ausnahme oder eine Gnade für sich verlangt.

Was man für ihn verlangt, muß man für alle politischen Gefangenen verlangen. Keine Gnade, sondern Recht!

Und es ist sehr milde ausgedrückt, wenn die drei Richter sagen, sie empfinden es als lächerlich und peinlich, daß ein freier Volksheld nicht anders als Gefängnismauer für politische Kämpfer wie Borchel übrig habe. Das ist nicht lächerlich; das ist tieftraurig. Das zeigt wohl jedem, der noch Augen hat, wie es um den „freien Volksheld“ steht.

Sauwirtschaft bei der Heeresverwaltung.

Wir haben bereits am 28. März darauf hingewiesen, daß die Heeresverwaltung von Anfang an die ungeheuren Bestände an Lebensmitteln, die in den Provinzialländern aufbewahrt sind, zurückerhalten hat. Aus ihnen wurden bisher nur die Freiwilligen versorgt. Sie erhalten Verpflegung in Höhe der drei- und vierfachen Rationen der Zivilbevölkerung und speisem in Kellern, während für die Zivilbevölkerung nicht einmal die allernotwendigsten Lebensmittel abgegeben werden können; deshalb lagern noch immer in den Provinzialländern so ungeheure Mengen an Lebensmitteln, daß sie dort verderben. Jetzt wo die Miswirtschaft in der Heeresverwaltung ganz offensichtlich wird, nimmt sich auch die bürgerliche Presse der Sache an. Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlichte am Donnerstag morgen das folgende Telegramm seines Hamburger Berichterstatters:

„Während in Deutschland überall große Not und Mangel herrschen, sind im Hamburger Freiheitsgebiet von der Heeresverwaltung noch jetzt riesenhafte Mengen Lebensmittel, vor allem auch Butter, Speck, Schinken, Konserven, Erbsen, Bohnen, Pflaumen, Graupen, Reis, Kaffee, etc.“

„Der Weise.“

Von Maxim Gorki.

(Eingige autorisierter Übersetzung.)

Es war einmal ein Weiser. Er erkannte das traurige Geheimnis des Lebens: das Geheimnis erfüllte sein Herz mit dunklen Schauern des Schreckens und in seinem Dunkel erlosch ihm traurig alles Denken auf Erden, und die Freuden fanden ihn nicht.

Mit dem kalten Auge seines Verstandes schaute er in die Tiefen der Zeiten und sah dort Finsternis; auch die Zukunft sah er ganz genau — auch dort war Finsternis.

Er ging die Wege seiner Heimat, die Straße ihrer Städte und Dörfer; er ging, sein einfaches weißes Haupt wiegend, und im dunklen Geräusch des Lebens läute seine Predigt wie der traurige Klang von Biergeschloßen.

Menschen! Ihr lebt zwischen Finsternis und Finsternis! Aus dem Abgrund der Unwissenheit seid ihr hervorgegangen, im Nebel der Unwissenheit wandt euer Leben, eifrig Finsternis der Unwissenheit harri vor euch.

Die Menschen hörten seine traurige Rede, verstanden ihre bittere Weisheit und schlugen und blieben schweigend in das Knisteln des Weisen. Aber nachdem sie ihn auf dem einsamen Weg der Weisheit begleitet hatten, gingen sie wieder zu ihren Geschäften zurück und zu ihren Gastmählern, und ihr Braut effend, ihren febllichen Wein trinkend und sich heiter am Spiel ihrer Kinder ergötzend, vergaßen sie ihre Mühe und das Weisheit, von dem sie eben erfahren.

Sie kämpften gegeneinander um Reichtum und Besitz und stritten gerädet die Predigt der Liebe, mit Händen, vom Wute des Wählers gerüdet, liebten sie die ihrem Herzen angenehmen Weisheiten, und mit Verächterlippen lüchelten sie ihre Freunde.

Sie saßen einander Gab und Gut, und durch Diebstahl reich geworden, verteilten sie hiebig das Eigentum, ohne Scheu lügend und betrügend — sprachen sie alle, daß die Wahrheit die Herrin des Lebens sei. Und es gab sogar einige, die an die wohlthätige Macht der Wahrheit glaubten und für ihren Glauben litten. Und die Tugenden lebten in der Welt und weinten glücklich bei ihren Klagen, erzählten sie an der Schönheit — aber um sich herum dukelte sie das Dämon und lachen Widriges. Sie suchten einander und sprachen — daß sie noch Freiheit suchten; sie verachteten, die unter ihnen standen — und fragte, wie verächtlich

Man ist in der Heeresverwaltung, die sich zum Teil in Gefahr des Verderbens befinden. Der „Berliner Tageblatt“ hat gestern auf diese Gefahr aufmerksam gemacht worden. Die Heeresverwaltung hat in einer dagegen ergangenen Erklärung auch zugeben müssen, daß die Erhaltung dieser großen Bestände mit großen Schwierigkeiten verbunden und daß ein gewisser Teil der Lebensmittel durch die lange Lagerung und die feuchten sanitären Verhältnisse in gewissem Maße benachteiligt werden sind.“ Doch der drabenden Aussage des Verbands und selbst die Heeresverwaltung soll vollständig aufgeklärt worden sein, daß die Verhältnisse bis jetzt für alle Untersuchungen, diese Lebensmittel für die Rationierung freigegeben, die sie ungenügend werden, keine Obhut schließt. Eine von der Heeresverwaltung aller Hamburger Truppenteile eingesetzte Lebensmitteluntersuchungskommission hat nun an das Reichswehramt Berlin, an das Generalquartier des neunten Armeekorps in Berlin, an die Inspektion in Altona und an das Hamburger Kriegsverwaltungsamte eine Denkschrift gerichtet, mit dem dringenden Verlangen, die Lebensmittelverwaltung für die Heeresverwaltung freigegeben. Die das „Berliner Tageblatt“ erzählt, werden nunmehr von den Heeresverwaltungen und aus diesen Beständen stammenden Verträgen an Schinken und Speck demnach in Hamburg und Groß-Berlin je 200 000 Pfund verteilt werden. Ferner erhalten Hamburg, Altona und Bremen in diesen Tagen 600 Tonnen Rindfleischlieferungen. Auch andere Geschäfte sollen ähnlich versorgt werden. Das Hamburger Kriegsverwaltungsamte hatte wiederholt verfaßt, die Heeresverwaltung zur Übernahme der vom Verderben bedrohten Lebensmittel zu bewegen, wozu letztere auch die Notwendigkeit hatte, aber immer verweigert. Auch jetzt noch weigert sich die Heeresverwaltung, trotz aller Erregung, gegen die Heeresverwaltung im großen Maßstab, mit dem Vergehen, daß eine Verwertung ohne Vergütung“ sich nicht von heute an wegen unmöglichkeit. Sie habe eine Erklärung der Bestände durch eine von ihr eingesetzte „Kommission“ verlangt.

Die politischen Aufsätze gegen diese ungeheure Miswirtschaft der obersten militärischen Behörden. Sie trifft die volle Verantwortung für den Verlust dieser Lebensmittelbestände. Nicht alle unterirdischen Lebensmittel sind noch Verwendung des Reichsgehandels der Heeresverwaltung zur Verteilung zu übergeben, hat sie ungenügend alles festgehalten. Sie bewachte ja dieses gewaltige Angelegenheit der ausgezeichneten Ernährung, um ihre Freiwilligen-Truppen in den Händen der alten Militärischen zum Kampf gegen die Arbeiter willfährig zu machen. Wir fordern die energische und entschlossene Bekämpfung aller an dem Verderb der Lebensmittelbestände Schuldigen. Sie sitzen nicht nur in der Leitung der Provinzialbehörden, sondern vor allem in dem Kriegministerium, wo man in der Zurückhaltung der Lebensmittelvorräte ein ebenso wirksames Kampfmittel gegen die Arbeiter sah, wie im Belagerungszustand und im Standrecht.

Keine sozialistische Regierung in Bremen.

Bremen, 2. April. Die Verhandlungen zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen wegen Bildung einer rein sozialistischen Regierung sind gescheitert. Die Mehrheitssozialisten werden nunmehr, wie das „Berliner Tageblatt“ anknüpft, verurteilt, sich mit den Demokraten an verhandeln.

Die Bedingungen, von denen unsere Bremer Genossen ihren Eintritt in die Regierung abhängig gemacht hatten, lauteten:

1. Aufhebung des Belagerungszustandes, Wiederherstellung völliger Press- und Versammlungsfreiheit.
2. Entlassung der Regierungstruppen. Bewaffnung einer gleichmäßig verteilten Zahl von organisierten Arbeitern.
3. Mitglieder der provisorischen Regierung können nicht Mitglieder der künftigen gemeinsamen Regierung werden.
4. Aufhebung der privaten Arbeitsverträge für die Arbeiter.
5. Entschädigung der Opfer des 4. Jahres.
6. Verfassungsmäßige Sicherung des sozialistischen und politischen Einflusses der Arbeiterparteien.

Aus dem obigen Telegramm geht hervor, daß diese Forderungen von den Mehrheitssozialisten, zum mindesten im wesentlichen, abgelehnt sind.

Man, haben sie heimlich ihre Gesichter. Und nicht wüßten sie, das Gute kommt ihnen von außen, aber sie verstanden nicht, es in sich zu erschaffen; denn sie waren erfüllt von heimlichen Sorgen um die Bequemlichkeiten des Lebens; ihren Verstand erschöpften sie mit Feindschaft und Ego, mit klumpen Schleichheiten — damit ihre unerfüllliche Welt nach den leblichen Gütern gestillt werde. So lebten diese komischen Mäuse wie schmutzige Schweine und hielten sich für geliebte Engel.

Und ihr Boden glück einem schmutzigen Duffen, einem unerschöpflichen Duffen, der in die tiefsten Regionen der Himmel den verpesteten Verdunst von Göttern und Weisungen ausströmte, die heilige Erde der Zeiten und des Schmerzes und den stinkenden Anstich heidnischer Vergötterden emporwarf.

Einsam wanderte der Weise durch die Stille der Erde und sprach mit der Stimme der Weisheit: Was ist das Leben? Ihr wißt es nicht. Was ist Wahrheit? Ihr könnt es nicht sagen. Und wozu seid ihr da? Auch das ist euch unbekannt. Seht! Dies ist euer Unglück. Und da er sah, wie ein Liebeser seine Weisheit erwarnte, redete er traurig zu ihnen: Der Tod wartet auf euch und eure Nachkommen! Und da er sah, wie Menschen sich prächtige Wohnungen errichteten, redete er vorwurfsvoll: Das alles ist zeitlich für den Untergang! Und da er Kinder sah, die in den Wägen einer Weisheit, selbst Blumen gleichend, spielten, seufzte er und sprach in seinem Herzen: Die Ernte des Todes jeden meine Augen! Und da er hörte, wie einer von den Weisen des Lebens, die fern und blind waren seiner Seele, welche die finstere Weisheit des Todes erkannt hatte, in einem Tempel der Wissenschaft die Augen in ihren wunderbaren Geheimnissen unterwies, redete er lachend: Beschränktheit ist deiner Weisheit Kame! Denn die Erde wird untergehen, und alle ihre Tempel und Wissenschaften und deren Wahrheiten und Tugenden, und du kennst nicht einmal Tag und Stunde deines eigenen Unterganges.

Aber eines Tages sah der Weise am Rande einer stromenden Stadt in einer dunklen schmalen Gasse, voll Schmutz und Armut, im Dunst von Gestank und Fäulnis eine gedrängte Menge Arbeiter. Einer hielt eine Rede. Und der Weise war erschauert, wie sie klang; — niemals hörten die Menschen seine Predigten mit solcher Wut. Und ein schmerzlicher Stachel des Neides traf das Herz des Weisen.

„Genossen!“ sprach der Weise zu den Arbeitern, „wir haben im Schmutz unserer Provinz, gleich Steinen am Grunde des Flusses und über und hin wagt das Leben unserer Antreiber.“

Gegen das Streikrecht.

Wang im Mitle der alten Nachbarn erließ Herr Kelle, ohne daß eine Veranlassung dafür vorliegt, folgende Verordnung:

„Auf Grund des § 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand wird folgendes verordnet: Wer einem in Ausübung seines Dienstes befindlichen Angehörigen einer Eisenbahn, Hoch- und Untergrundbahn durch Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt Widerstand leistet, oder einen solchen während der Ausübung seines Dienstes tödlich angreift oder es unternimmt, einen Angehörigen einer Eisenbahn, Hoch- und Untergrundbahn durch Gewalt oder Drohung zur Übernahme oder zur Unterlassung einer Diensthandlung zu nötigen, wird, wenn die beschriebenen Vergehen keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Gleichzeitig wird befohlen, daß jede Beschädigung der Wagen, der Gleise, der Anlagen, der Bahnhöfe und sonstigen Eigentums der Eisenbahn und Hoch- und Untergrundbahnen auf Grund der nachstehenden Befehle auf das Schärfste geahndet werden wird.“

Kelle, Reichswehrminister. Nun weiß man doch wenigstens, warum der Belagerungszustand immer noch aufrecht erhalten wird. Nicht vor der Gewalt, wohl aber vor dem friedlichen Mittel der Arbeitsverweigerung haben die Kelle die große Angst. Und mit Recht! Denn durch sie wird ihre Herrschaft noch mehr gesichert als durch Gewaltthat.

Die Untersuchungskommission.

Am 1. April wird mitgeteilt: Der Untersuchungskommission der Preussischen Landesverwaltung zur Prüfung der Verhältnisse bei den Arbeitervereinen vom Januar bis März 1901 am Donnerstag zusammen und erörterte zunächst die Frage seines Geschäftsbereichs. Man beschloß, am Dienstag nächster Woche wieder zusammenzutreten, um dann gleich über die Verhältnisse der Vorgänge zu sprechen, wobei zunächst die Januaruntersuchungen erörtert werden sollen, über welche die Vertreter der einzelnen Ministerien, des Kriegsministeriums, des Reichsministeriums des Innern und des Justizministeriums Bericht erhalten sollen. Ferner wurden Untersuchungskommissionen eingesetzt für Rheinland-Westfalen, Schlesien und Mitteldeutschland. Diese Untersuchungskommissionen haben vorläufig lediglich die Aufgabe, das Material über Ursache und Verlauf des Unruhen zusammenzustellen.

Die Lage im Ruhrrevier.

Offen, 2. April. Um 6 Uhr abends mußte die hiesige Straßenbahn der Verkehr einstellen, da die Kriegsschädigten alle Wagen anhielten, weil ihre Forderung noch keine Befreiung auf dem Bahnweg abgelehnt worden war. Die Reichsregierung der Rede hier beschloß mit überwiegender Mehrheit, die Arbeit morgen mit 7½ Stundenlohn wieder aufzunehmen und die Frage der Regelung der Schichtverhältnisse der Regierung zu überlassen.

Ende des Streiks im Braunschweiger Revier.

Braunschweig, 3. April. Die Verhandlungen zwischen den streikenden Bergarbeitern des Glimmerfeldes und dem braunschweigischen Kohlenbergwerk, veranlaßt durch den Volkskommissar für Inneres, Herr Oertel, haben der „Braunschweiger Landeszeitung“ zufolge zu einer Einigung geführt. Die Arbeit wird am Freitag morgen auf allen Gruben wieder aufgenommen. Es werden Feuerzettelungen bewilligt, und zwar an Leute bis zu 18 Jahren 1 Mark täglich und an solche über 18 Jahre bis 2,50 Mark. Es wurden Betriebsräte gebildet, die die weiteren Verhandlungen führen sollen.

Swerdlow tot.

Frankfurt a. M., 3. April. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Stockholm vom 31. März: Der Präsident des Reichstageskomitees der Sozialrepublik, Swerdlow, ist 34 Jahre alt, an den Folgen langjähriger Internierung in Sibirien und an Tuberkulose gestorben.

Wir sind ihnen nur Stufen und auf unseren Reiben steigen sie empor in hohe Höhen und von dort richten sie die Kräfte ihres Verstandes gegen uns, unsere Seelen noch mehr zu beengen. Sie wissen alles — wir nicht, sie leben, wir haben noch nicht gelebt, ihnen ist alle Weisheit bekannt — uns nur Märchen, alles Blicke ist in ihren Händen — in unseren nichts, und nicht einmal Brot haben wir genug, uns satt zu essen.

Sie haben uns unterjocht und sind überfälligt, aber nicht, bald wird unser Hunger die Überfallen befragen, denn ihr Geist ist frohlich, wir aber sind hart und lebenslustig, denn wir leben im Leben des Geistes.

Wir wollen wissen, wir wollen Menschen sein, wir wollen leben. Wir wollen unsere gierige Seele mit aller Weisheit der Erde tränken, wir wollen alles, was schon da ist, und wir wollen schaffen, was noch nicht da ist! — „Mensch!“ sagte der Weise mit herablassendem Nachsicht, „betner Worte Namen ist Freium. Vergessst ihr die Erinnerung der Menschen, nie werden sie mehr wissen, als wozu sie fähig sind. Und wird es dir, wenn du untergehst, nicht gleich sein, ob du dann hungrig bist oder überfäll, gleich jenen, gegen welche du die schwachen Stacheln deiner Weisheit richtest? Und gilt es nicht gleich, ob du als Unwissender dich in die Welt setzt, oder eingeklärt ins kalte Reichsgewand jener nichtigen Lehren deiner Unterwürdigkeit? Denk daran! alles auf Erden und die Erde selbst, wird in den Abgrund der Vergessenheit hinabstürzen, in den bodenlosen Wirbel des Todes!“

Die Arbeiter blieben ihm schweigend ins Knisteln und regungslos sitzen sie die weise Rede. Und laut — grausam lüchelten sie schließend seine Worte ab.

Da sagte einer zu seinem Genossen: „Ratweil! Wie hat mein Kopf weh; kan du dem alten Affen in die Fackel?“

Das ist alles! Ja, natürlich, ich gebe zu, es ist etwas groß, dieses Kräftchen voll — aber ist es seine Schuld? Hat jemals einer es gute Menschen geleistet! —

Zuckerkrankheit und Kriegsernährung.

Im belagerten Paris beobachtete 1870/71 der Forscher Wunderbar, daß die Kriegsernährung bei Zuckerkranken zu einer Verminderung der Zuckerauscheidung im Harn führte. Im eben vergangenen Weltkrieg spielte sich der gleiche Vorgang bei den ausgedungenen Diabetikern der Kämpfer ab. Dr. A. G. G. G.

Die Lebensmittelversorgung.

Der von den Karawern und den Interessenten des Handels geforderte Abbau der Awanawirtschaft für Lebensmittel findet bei dem gegenwärtigen Vetter des Reichs-ernährungsministeriums volle Unterstützung. Zu welcher großen Gefahren diese Voderung der Awanawirtschaft bereits führt, hat, und wie dadurch die Ernährung der Bevölkerung gefährdet wird, das hat gestern der Oberbürgermeister Dr. Wermuth in der Berliner Stadtverordnetenversammlung deutlich ausgesprochen. In Uebereinstimmung mit dem Standpunkt, den wir an dieser Stelle sofort dargelegt haben, als die Absichten des Reichs-ernährungsministeriums auf Abbau der Awanawirtschaft deutlich erkennbar wurden, hat jetzt der Oberbürgermeister Wermuth ebenfalls betont, daß mit der Freigabe von Eiern und Frühgemüse noch bittere Erfahrungen gemacht werden. Die öffentliche Verwaltung beginnt sich im Anlande zu lockern. In der Viehverwaltung sehen sich schon die ländlichen Produzenten und Vermittler über die Willkür der Viehlieferanten hinweg, ohne daß die Behörden dem mit dem nötigen Nachdruck entgegenzutreten. Auch die Kartoffellieferanten geraten ins Stocken, was um so bedenklicher ist, da die Wintervorräte der Städte keine Abhilfe bringen werden. Viele schon die Voderung der inländischen Landwirtschaft, die den letzten Kurs des Reichs-ernährungsministeriums kennzeichnet, außerordentlich große Gefahren, so würden wir, wenn diese Einkassierung des freien Handels auch bei den ausländischen Zufuhren eintreten würde, großes Unheil erleben. Auch er forderte deshalb, daß die Verteilung der ausländischen Zufuhren durch die Kommunalverbände genau nach denselben Gesichtspunkten erfolge, die bisher für die Verteilung der inländischen Erzeugnisse maßgebend waren.

Auch wir möchten erneut dringend davor warnen, die Verteilung der ausländischen Lebensmittel ganz oder auch nur teilweise dem freien Handel zu überlassen. Die Folgen einer derartigen unverantwortlichen Maßnahme wären nicht abzusehen. Schon heute wirkt die Lücke, daß jetzt nach Aufhebung der Awanawirtschaft die Eier in allen Läden jede Menge zu den bisher üblichen Schleichhandelspreisen von mindestens 150 M. das Stück zu haben sind, außerordentlich erbitternd auf diejenigen Schichten der Bevölkerung, die nicht imstande sind, derartige Preise zu bezahlen. Solche derartige Wirkungen auch von der Freigabe der ausländischen Zufuhren ausgehen? Der Ernährungsstand der Bevölkerung ist so schlecht, daß eine allgemeine und ausreichende Erhöhung der letzten Nationen, die wahrscheinlich aus den inländischen Beständen ja überhaupt nicht mehr lange aufrecht erhalten werden können, dringend erforderlich ist. Aber auch die ausländischen Rohstoffe müssen zu Preisen abgesetzt werden, die für die Masse der Bevölkerung erschwinglich sind. Der Staat muß deshalb die Differenz zwischen den ausländischen Einkaufspreisen und den gegenwärtigen Höchstpreisen für inländische Erzeugnisse übernehmen und die Lebensmittel vom Auslande zu den jetzt geltenden Höchstpreisen abgeben. Wird diese Forderung nicht berücksichtigt, so wird sich der Arbeiterstand, der Angehörigen usw. die allergrößte Erbitterung bemächtigen. Diese Schichten werden dann nicht imstande sein, die aus dem Auslande eingeführten Lebensmittel zu kaufen, werden weiter hungern müssen, während die besitzenden Schichten der Bevölkerung weit mehr noch als jetzt im Ueberfluß leben werden. Wir weisen deshalb auf diese Gefahren erneut nachdrücklich hin und verlangen mit aller Entschiedenheit, daß die ausländischen Stellen sich endlich bereit finden werden, eine derartige Regelung als unabweisbare Pflicht des Staates anzuerkennen.

Ueber die sanitären Maßnahmen des Reichs-ernährungsministeriums teilt der „Vorwärts“ mit:

Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, werden bis zum Ausbruch des Lebensmittels schon in nächster Zeit ermöglicht, für die Industriegebiete und die Städte mit mehr als 30000 Einwohnern Zusatzerationen aufzugeben.

In der „Anschau“ das Resultat vergleichender Untersuchungen von 194 Patienten aus der Friedenszeit und aus dem Jahre 1918 mit. Alle Arten von Zuckerkrankheiten wurden in der Kriegszeit gefunden! Nur die Wohlhabenden, die sich kleinerer Beschränkungen aufzuerheben konnten, ließen keine Besserung wahrnehmen. Die Ursache dieser Veränderung mußte in der veränderten Ernährungsweise liegen. Die Kriegszeit enthielt nur gut ein Drittel des Kalorienwertes der Friedenszeit. Sie war kohlenhydratarm (vegetarisch) aber arm an Fett und Eiweiß. In der Hauptsache war es wohl die Einschränkung im Genuß von tierischem Eiweiß, die den Zuckerkranken zugute kam!

Diese Art von „Genehung“ dürfte aber kaum von Bestand sein. Denn wenn die Zuckerausscheidung infolge der Unterernährung zurückgeht, so dürfte andererseits das Einträglichkeitsdefizit des Nörvers zu so weitgehender Schwächung des Organismus führen, daß die mit besserer Ernährung alsbald einsetzende neue Diabetesstadien auf uns geringere Widerstandsfähigkeit setzen würde. Diese Art Genehungskuren empfehlen sich vielleicht für überfüllte Heide und sie werden wieder wenig Geschmack daran finden.

Neues von der Krebsforschung.

Im der Pariser Akademie der Wissenschaften ist ein sehr interessanter Bericht über Fortschritte in der Krebsforschung vorzulegen worden, der von August Lumière in Lyon kommt. Der Gelehrte kommt darin zu dem Ergebnis, daß der Krebs sich in erster Linie auf konstanten Geweben entwickelt, die der Einwirkung der gewöhnlichen Abwehrvorgängen des Organismus entzogen sind. Dies ist nach seiner Anschauung die erste Bedingung für die Entwicklung der Krebskrankung; als den eigentlichen Erreger sieht er ein Kleinlebewesen aus der Gattung der Protozoen an, das es freilich auch nicht nachzuweisen vermocht hat. Lumière hat aber einen großzügigen Plan systematischer Untersuchungen, namentlich experimenteller Natur entworfen, der, durchgeführt, dazu führen soll, in die Krebsforschung neues Licht zu bringen. Weiterhin hat der Direktor des holländischen Bureaus von Le Lande festgestellt, daß in seiner Gegend die Krebskrankungen immer häufiger werden. Er schreibt diese Erscheinung der Reuchtheit des Bodens und der ungeheuren Vermehrung der Ratten zu, die er als Krebsverbreiter ansieht, eine Kannibale, die in der bisherigen Forschung freilich keine Rolle

Mit der Verteilung wird demnach Mitte April begonnen werden können.

So sind folgende Zusatzerationen in Aussicht genommen: In den genannten Gemeinden erhalten sämtliche Versorgungsberechtigten pro Woche auf den Kopf 125 Gramm Speck und werden alsbald auch die kleineren Gemeinden in der gleichen Weise versorgt werden können.

Außerdem werden wöchentlich 250 Gramm Kuchensatz (feines Weizenmehl) an alle Versorgungsberechtigten in sämtlichen Gemeinden ausgeteilt werden.

Die Preise für Speck und Schmalz werden etwa 4,50 bis 5,- Mark pro Pfund betragen. Das Mehl wird verhältnismäßig teuer sein und dürfte sich auf 2,- Mark das Pfund stellen.

Die Streikwelle bei den Angestellten.

S. A. Der Streik der Industriearbeiter in den Betrieben Groß-Berlins hat plötzlich die Öffentlichkeit auf die misliche Lage der Arbeiter gelenkt. Der diesige Lohnkampf ist aber nur ein Ausschnitt aus den Gehaltsbewegungen der kaufmännischen und technischen Angestellten, die seit Wochen das ganze Land durchziehen und überall auf den Widerstand der Unternehmer stoßen. Die Versicherungsanstalten und die Warenhausangestellten haben schon im Januar und Februar in Berlin, Gumburg, Leipzig usw. zu tausenden im Streik gestanden. In Lübeck sind die Angestellten der Metallindustrie am 26. März wegen Scheiterns der Tarifverhandlungen restlos in den Ausstand getreten. In Cassel hat sich die Lage bei den Kollektivverträgen mit dem Arbeitgeberverband und der Metallindustrie noch allerlei Verschleppungsversuchen der Unternehmer auch besart angeht, daß mit dem Abbruch der Verhandlungen gerechnet werden muß. Bei der Sprengstoff Akt. Ges. in Eisen stehen die Angestellten seit Sonnabend im Streik und werden durch die Arbeiterchaft unterstützt. In Wirmo ist wegen Rohrregulungen ein umfassender Angestelltenstreik ausgebrochen. Bei den Bische Gruben in Oberschlesien ist infolge der Aufregung des Angestelltenstandes die gesamte Volkswirtschaft zur höchsten Erregung gebracht worden und es ist noch nicht zu übersehen, welche Folgen dort in den nächsten Tagen eintreten werden. Die Bergarbeiter sind mit den Angestellten solidarisch. In Eisenach wurde der Angestelltenstand durch die Rohregulierung seit Dezember mit Verhandlungen hingenommen und neuerdings glaubte die Direktion gegenüber den Organisationsvertretern den Herrin-im-Gaule-Handpunkt vorsehen zu lassen. Der Streik war auch hier unvermeidlich und die Unternehmer verhielten sich die verschiedenen Angestelltengruppen gegen die Streikenden auszubilden, so daß zur Wache ein Generalkrieg der Angestellten von Eisenach in Erwägung gezogen wird.

Sollte nicht auch die Regierung schließlich einsehen, daß sie durch die Vorenthaltung des Mitbestimmungsrechtes für die Angestellten mit dazu beigetragen hat, auch bei den Angestellten das Maß zum Ueberlaufen zu bringen.

Der auf Veranlassung des Demobilisationskommissars eingeleitete Schlichtungsversuch, der sich mit der Vertagung des Angestelltenstreiks in der Berliner Metallindustrie befaßt, hatte sich gehen mit der Vertagung über die formale Handhabung mehrere Stunden befaßt. Deutlich morgen um 9 Uhr trat der Schlichtungsausschuß zur weiteren Beratung zusammen. Den Vorsitz führt Dr. Braumüller vom Demobilisationsamt. Von Arbeitgeberseite wirken als Mitglieder Geheimrat v. Gollig, General Reher, Direktor Seierls; von Arbeitnehmerseite Ingenieur Dossmar, Verbandssekretär Lena, Ingenieur Lorenz. Um 10 Uhr sollen die Verhandlungen mit den Parteivertretern beginnen. Die Verhandlung wird im wesentlichen davon abhängen, daß die Arbeitgeber nicht nur ihren Widerstand in der Lohnfrage aufgeben, sondern auch das Mitbestimmungsrecht der Angestellten aus-schütze anerkennen. Die Situation in den Betrieben wird für die Unternehmer infolge dieser, als die Lohnkassun- an an die Arbeiter bevorzugen und ohne die Tätigkeit der Angestellten nicht ausgeführt werden können. Die Firmenleitungen haben gestern mehrfach versucht, durch Versprechungen Arbeitswillige unter den Angestellten zu finden, ertrun-

findet. Schließlich hatten die Professoren der Brüsseler Universität Koss und Wille der Akademie eine interessante Arbeit übermittelte, die sich mit den Ursachen des sogenannten Krebses der Vergleiche und Schornsteinsteine befaßt, von dem 30 Prozent der Arbeiter gewisser belgischer Steinkohlenbergwerke befallen werden. Die von den beiden Gelehrten unternommenen Beobachtungen und Untersuchungen haben ergeben, daß es sich dabei überhaupt nicht um Krebs, sondern um eine Arsenvergiftung handelt. Das Arsen wurde nicht nur in verhältnismäßig großen Mengen in den Organen und Ausscheidungen der Erkrankten, sondern auch in den von ihnen bearbeiteten Erzeugnissen und in der Luft der Bergwerke gefunden.

Das Streichholz ohne Holz.

Es ist eine Ironie der Weltgeschichte, daß das erfolgreichste Land Europas den Geist seiner Erfinder anstrengen muß, um ein Mittel zu finden, das wenige zur Herstellung von Streichhölzern benötigte Holz zu sparen. Für Länder, die weniger mit Holzüberschuß gesegnet sind als Rußland, könnte eine solche Neubeit von dauernder Bedeutung sein, wenn sie gleichzeitig zur Verbilligung der durch den Krieg ebenfalls arg bedrückten Streichhölzler führen würde. In Rußland war ein beträchtlicher Aufschwung für Streichhölzerverfertigung eingeleitet worden, der die Herstellung von Streichhölzern aus Papier beschlossen hat. Das Holz ist dabei durch eine Art von Papppe ersetzt, die ihrerseits freilich aus Holzmasse hergestellt wird, aber auch aus Lumpen. So auch kein Paraffin gebraucht, wird sich weitere Vereinfachungen der Fabrikation ergeben, so soll mit einer außerordentlichen Verbilligung der Streichhölzler zu rechnen sein. — Bei der bedeutend gesteigerten Verwendungsfähigkeit des Holzes sollte der Vorschlag auch aus diesem Gesichtspunkt ernstlich in Betracht gezogen werden.

Die Drogerien-Abteilung. In Braunschweig wird im April der Neubau der Deutschen Drogen-Apothek in Betrieb genommen. 1880 durch Prof. Dr. v. Gumbert, ging das Institut 1915 durch Kauf in den Besitz des Deutschen Drogenverbandes über. Es soll die jungen Drogen noch so bedeutender dreißigjähriger Vorkzeit mit der Exkorie und Exakte des Berufs bekannt machen. Das Laboratorium zählt 100 Tische, die Bibliothek 1300 Bände. Dazu kommen große Sammlungen und alle Einrichtungen zum Studium aller Zweige der modernen Therapie, Pharmakologie und Bakteriologie.

Nachweise ohne nennenswerten Erfolg. Unter den wenigen Streikenden befinden sich die Vorstandsmitglieder des „Vereinigten der Angestellten in Handel und Industrie“, eines längst gegründeten Vereins, der angeblich die „oberen Angestellten“ organisiert. In Wirklichkeit aber eine gelbe Organisation darstellt. Die Metallarbeiter verhalten sich durchaus loyal und lehnen es ab, Streikbrüche als Vorgehensweise anzuerkennen. Ebenso ist der Versuch einzelner Unternehmern, aus den Reihen der Metallarbeiter heraus die Meisterposten zu besetzen, überall gescheitert. Die einzelnen Metallarbeiter sind natürlich nicht grundsätzlich abgeneigt, gelegentlich zum Meister befördert zu werden, nur halten sie den gegenwärtigen Zeitpunkt für ungeeignet.

Gewerkschaftliches.

Branchenversammlung der Rohrleger.

Am Sonntag fand im Gewerkschaftshaus eine von circa 2000 Personen besuchte Branchenversammlung der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend statt. Der Obmann der Schlichtungskommission, Kollege Ziese, erstattete den Bericht über die bisherigen Verhandlungen mit den Unternehmern bezüglich des neuen Tarifvertrages. In diesem schlugen die Unternehmern einen Lohn für Rohrleger von 1,10 M. pro Stunde, für Jungesellen 1 M., für Lehrlinge 0,95 M. und für Helfer einen solchen von 0,90 M. vor. Zu diesen Löhnen sollten 80 Prozent Teuerungszulage hinzukommen. Da auch die anderen Paragrafen wesentlich von den Forderungen der Arbeiter abgingen, wurde nach kurzer Diskussion folgende Resolution angenommen:

Die am Sonntag, den 30. März 1919, im Gewerkschaftshaus versammelten Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend lehnen die Zugeständnisse der Unternehmer als unannehmbar ab. Um dem Gewerbe den Frieden zu erhalten, beauftragen sie die Arbeitnehmermitglieder der Schlichtungskommission, unverzüglich mit dem Einigungsamt des Gewerbegerichts Berlin in Verbindung zu treten, um den am 8. März ablaufenden Tarifvertrag vereinbarten letzten Verhandlungsversuch zu unternehmen.

Die Versammelten erwarten jedoch, daß die Tagung des Einigungsamtes bis spätestens Sonnabend, den 5. April 1919, stattfindet, damit in einer am 6. April 1919 stattfindenden Branchenversammlung die endgültige Abstimmung über den Abschluß eines Tarifvertrages vorgenommen werden kann. Die Versammelten machen es jedem Rohrleger und Helfer zur Pflicht, bis zur Entscheidung des Einigungsamtes jede Ueber- und ab-zu verweigern. Die Versammelten verpflichten sich, unter allen Umständen eine rege Propaganda vorzunehmen und verpflichten alle Rohrleger und Helfer, falls am 6. April der Auf-zu- und Arbeitsniederlegung erfolgt, diesem Beschluß unbedingt Folge zu leisten. Die Versammelten erwarten von allen arbeitenden Berufscollegen, daß vom 1. April 1919 ab kein Rohrleger und Helfer länger als 6 Stunden arbeitet.

Zurückgewiesene Lügen.

Der Verband der Bureauangestellten Ortsgruppe Spandau hatte am 1. April eine Versammlung seiner bei den Spandauer Staatsbetrieben beschäftigten Mitglieder einberufen, in der folgende Resolution eingebracht wurde: „Die am 1. 4. 19 versammelten, in den Spandauer Staatsbetrieben beschäftigten Mitglieder des Verbandes der Bureauangestellten, zusammengesetzt aus allen Parteilichungen, erheben energischen Protest zu der Ausföhrung des Reichs-ernährungsministeriums in der Kollonah-verammlung. Es sind dort von Kasse die unglaublichen Unwahrheiten über die Staatsbetriebe gesagt worden, die nur ganz entschieden zurückgewiesen müssen, da infolge dieser Unwahrheiten die schwersten Schädigungen auch für die Angestellten zu Tage treten werden.“ Die Resolution wurde angenommen, nachdem ein Teil der Versammlung von Saal verlassen hatte.

Streik und passive Resistenz bei der Neuen Vohen-W.-Gef. Die Angestellten der Neuen Vohen-W.-G. hatten im Februar Forderungen eingereicht, die sie im Laufe der Verhandlungen wesentlich ermäßigten. Es handelte sich um die Forderungen und den Zugeständnissen noch eine Differenz von 800 M. pro anno für das gesamte Personal. Diese Minimalforderung weigerte sich die Direktion anzuerkennen und erklärte dem Vertreter des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Baubeamten gegenüber zu einem Zugeständnis nicht kompromittiert zu sein. Die Angestellten, die während der Verhandlung mit der Direktion in die passive Resistenz eingetreten waren,

Professuren für Kinderheilkunde. Die Kommission für Bevölkerungspolitik in der preussischen gesetzgebenden Landesversammlung hat in ihrer ersten Sitzung einstimmig beschlossen, die Staatsregierung darauf hinzuweisen, daß sie die Schaffung von Professuren für Kinderheilkunde an sämtlichen preussischen Universitäten und die Ausgestaltung des Unterrichts in der Kinderheilkunde für eine dringende Aufgabe erachtet, deren Durchführung noch im Sommererweiter nötig erscheint.

Mexiko als Erdöliland. Die „Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure“ teilt mit, daß Mexiko während des Krieges an die zweite Stelle unter den Erdöl erzeugenden Ländern gerückt ist. Es hat seine Gewinnung von 387000 Tons im Jahre 1914 auf 824200 Tons im Jahre 1918 gehoben.

Kunstkalender.

Der Schriftsteller Heinrich Lee, der Verfasser hüben-längiger Berliner Volksstücke, ist im 58. Lebensjahr gestorben. Die Ausstellung unbekannter Architekten im Preussischen Kabinett, Aufsehen um 200, ist von jetzt ab auch Sonntag von 12-9 Uhr unentgeltlich geöffnet. Am nächsten Sonntag spricht der Dr. Adolf Lehne Dichtungen von Scherbert, Eitz, Ström u. a. m.

Zu Julius Parts 60. Geburtstag findet am 9. April, abends 8 Uhr, in den Wittichshallen am Bahnhof Zoologischer Garten eine Feier statt, bei der (unter Mitwirkung bekannter Künstler) Bruno Wille über die Brüder Part als literarische Vorkämpfer in der Epoche des Nationalismus sprechen wird.

Im Opernhaus wird im Anschluß an die Aufführung von „Hänsel und Gretel“ am Sonnabend abend und Sonntag nachmittag dem Ballet der Oper nach längerer Ruhe Gelegenheit gegeben, in einer Reihe von Tanzbildern erneut seine künstlerischen Fähigkeiten zu erweisen nach der Aufführung von „Hänsel und Gretel“.

Das Tänzerverein der Trojanowski geht im Rahmen des bunten Wintergartenprogramms eine von vielen sonst üblichen Darbietungen moderner Güsterei sich abhebende besondere Tanzkunst.

Der 2. Julius populäre Konzerte der „Ende“ beginnt Sonntag, den 7. d. Mts. in der Singakademie. Mitwirkende: Arnold Böcklin und Rudolf Laubenthal. Auf dem Programm steht u. a. der Liebeskreis „An die ferne Geliebte“ von Leichowen.

Hermann Böttcher bringt am 8. April 1919 im Choralkonsaal zusammen mit Hanns Wullius expressive Dichtungen von Antbos aus dem Gullus „Sankt Lucius und Kaiser Gede“ zum Vortrag.

